



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

11. Februar 2022
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

NATO-Russland: Kriege, die auch unsere Regierung mit vorbereitet

Seit Wochen haben sich die NATO und Russland in ihrer Auseinandersetzung um die Ukraine hochgeschaukelt, haben Drohungen ausgestoßen sowie Waffen und viele zehntausende Soldaten in der Region zusammengezogen. In Alarmbereitschaft stehen sich nun beide Lager gegenüber, während die Staatschefs in zig diplomatischen Besuchen einen – provisorischen – Ausweg suchen.

Wenn man unserer Regierung glaubt, dann geht die Bedrohung dabei einzig von Putin aus. Die „westliche Welt“ würde nur versuchen, ihn aufzuhalten. Keine Frage, Putin ist ein widerlicher Diktator. Doch können wir ernsthaft glauben, dass es den USA und den übrigen NATO-Staaten in dieser Auseinandersetzung um die Freiheit und den Schutz der ukrainischen Bevölkerungen geht?

Vor wenigen Wochen sind in einem anderen Nachbarland Russlands, in Kasachstan, hunderttausende Arbeitende gegen die explodierenden Gaspreise und die Diktatur in den Streik getreten und auf die Straße gegangen. Hier hat Putin nicht nur gedroht. Er ist mit Soldaten einmarschiert, um zusammen mit dem kasachischen Diktator den Aufstand blutig niederzuschlagen.

Haben die westlichen Regierungen hier Waffen geschickt, mit Sanktionen und Krieg gedroht, um die Freiheit der kasachischen Bevölkerung zu verteidigen? Nein, im Gegenteil. Sie haben die „Wiederherstellung der Ordnung“ begrüßt! Denn die US-amerikanischen und europäischen Konzerne, die im rohstoffreichen Kasachstan die Arbeiter ausbeuten, fanden es gut, dass Putin für sie die Streiks und Proteste unterdrückt hat.

Den westlichen Konzernen und ihren Regierungen geht es nie um Demokratie und Freiheit, sondern um Rohstoffe, Profit und Machtinteressen. Und das ist bei der Ukraine nicht anders. Um deren Bevölkerung sorgen sie sich kein bisschen. Im Gegenteil, ihr Leben verschlimmern sie seit Jahren.

Die Wirtschaft der Ukraine ist eng mit der Russlands verwoben. Seit dem 17. Jahrhundert waren sie Teil eines gemeinsamen Staates. Nicht wenige Russen und Ukrainer sind miteinander verheiratet und verwandt. Doch seit einigen Jahren versuchen die USA und die EU, die Ukraine mit aller Macht in ihr wirtschaftliches, politisches und militärisches Einflussgebiet herüberzuziehen – was die russische Regierung um jeden Preis verhindern will.

Jede Seite unterstützt dabei ihre Anhänger mit Geld und Waffen. Die Ukraine ist daran bereits halb zerbrochen, und der Osten des Landes ist seit acht Jahren in einem Bürgerkrieg versunken.

Was die USA nicht daran hindert, weiterzumachen und die Ukraine nun in die NATO aufnehmen zu wollen – in das Militärbündnis also, das explizit als Bündnis gegen Russland gegründet worden ist.

Seit 1990 hat die NATO bereits 14 Staaten des ehemaligen Ostblocks und der Sowjetunion aufgenommen und hat dort Waffen und Truppen stationiert, darunter ein Raketensystem, das auf Russland gerichtet ist. Mit der Ukraine würde die NATO auf über 2.000 Kilometern direkt an der russischen Grenze stehen. Und schon jetzt veranstaltet sie große Militärübungen mit zehntausenden Soldaten und schwerem Kriegsgerät in der Region.

Diese Pläne und Militärmanöver der NATO waren der Auslöser dafür, dass Russland im Dezember Truppen an der ukrainischen Grenze zusammengezogen hat und zwei Bedingungen stellt, um sie wieder abziehen: Dass die Ukraine nicht der NATO beitrifft und dass keine NATO-Waffen mehr in der Nähe zu Russland stationiert werden.

Doch der US-Präsident hat klipp und klar geantwortet, dass nichts davon „verhandelbar“ sei. Dass die NATO nicht aufhören wird, Russland weiter zu umzingeln. Wohlwissend, dass dies zwangsläufig weitere Konflikte, lokale

Kriege und vielleicht am Ende wirklich einen Krieg der Großmächte auslösen wird. Denn würde es die US-Regierung umgekehrt tatenlos zulassen, dass Russland in Mexiko oder auf Cuba Raketen gegen die USA stationiert?

Diejenigen, die den Konflikt mit Russland aus Macht- und Profitgründen ausgelöst haben, sind „westliche“ Regierungen. Sie sind es, die ihn weiter verschärfen und neue Kriege riskieren. Gegen sie müssen wir uns richten, wenn wir das verhindern wollen!

Auch wenn der heutige akute Konflikt vielleicht zeitweilig wieder beruhigt wird, muss uns klar sein: Mit jedem neuen Aufflammen dieses und anderer Konflikte bereitet sich auch der deutsche Staat mehr darauf vor, dass es irgendwann real zum Krieg kommen wird, ob mit Russland, dem Iran, Nordkorea oder China... Und sie bereiten uns darauf vor, dass wir bei ihrem Krieg mitmachen, weil wir denken, wir würden uns gegen das Böse, den Feind verteidigen.

In Wahrheit aber werden die Kriege von den Herrschenden einzig für ihre Interessen geführt. Die Bevölkerungen sind immer nur die Leidtragenden – meist schon lange, bevor die Kriege ausbrechen. So bezahlen die Menschen in vielen osteuropäischen Ländern und in Russland bereits jetzt einen hohen Preis. Sie bezahlen die Folgen des Wirtschaftskrieges, die riesigen Ausgaben für Rüstung und Militär sowie die wachsende nationalistische, kriegerische Hetze, die das Alltagsleben vergiftet.

Ganz zu schweigen von den Menschen in der Ukraine! Was sie erleben, droht unser aller Zukunft zu werden... wenn wir Arbeitenden unsere Herrschenden gewähren lassen.

Bei uns in den Betrieben arbeiten Kolleg*innen, deren Familien in Osteuropa, der Ukraine, in Russland leben. Wir alle haben ein gemeinsames Interesse gegenüber den Herrschenden, die uns in ihre Kriege ziehen wollen.

Diskussion um Impfpflicht in der Pflege:

Beide Seiten greifen Patienten und Beschäftigte an

Im Dezember hatten CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP entschieden, dass ab Mitte März ungeimpfte Beschäftigte nicht mehr im Krankenhaus oder in der Altenpflege arbeiten dürfen. Die Diskussion, die darüber nun zwischen Bayerns CSU-Ministerpräsidenten Söder und der Regierung entbrannt ist, ist wirklich heuchlerisch – und zwar von beiden Seiten.

Die Regierung will alle ungeimpften Beschäftigten im Gesundheitswesen ohne Lohn nach Hause schicken und sie am Ende sogar entlassen – mit der Begründung, der Schutz der Patienten stehe an erster Stelle.

Das kommt aus dem Mund von Politikern, die jeden Tag beweisen, dass die Patienten für sie absolut nicht an erster Stelle stehen. Dieselben Politiker sparen seit Jahren Altenheime und Krankenhäuser kaputt und richten sie auf Profit aus – mit lebensgefährlichen Folgen für die Patienten. Dieselben Politiker zwingen heute geimpfte Pflegekräfte (wegen dem von ihnen verursachten Personalmangel) arbeiten zu gehen, selbst wenn deren Kinder oder Lebensgefährten an Corona erkrankt sind und damit eine echte Gefahr besteht, dass sie ebenfalls infiziert sind und Patienten anstecken.

Dank all dieser Sparmaßnahmen arbeiten die Beschäftigten im Gesundheitswesen jetzt schon weit über ihre Grenzen hinaus. Und auch wenn die Regierung mit dem Finger auf sie zeigt, um von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken:

In vielen Einrichtungen sind bereits über 95% geimpft.

Nur hat es wegen des extremen Personalmangels bereits massive Folgen, wenn auch nur 2 oder 5% der Beschäftigten wegen der Impfpflicht gehen. Dass ab Mitte März die verbleibenden Kolleg*innen deren Arbeit auch noch mitmachen, dass sie noch mehr rennen, noch mehr ausgelaugt werden sollen, darüber verliert die Regierung kein Wort.



16. November 2021: Krankenhausbeschäftigte in Augsburg (Bayern) streiken für mehr Personal

In Ostdeutschland und Bayern sind allerdings mehr Beschäftigte nicht geimpft, weshalb die übrigen ihren Weggang gar nicht auffangen könnten. Und das, was eigentlich ein Armutszeugnis ist – extremer Personalmangel und eine niedrige Impfquote in Bayern – versucht Söder nun zu nutzen, um sich zu profilieren.

Er und mehrere ostdeutsche Länder wollen das Kleingedruckte im Gesetz nutzen, um einen noch zynischeren Weg zu gehen: Sie wollen je nach Personalmangel entscheiden, ob und wen sie nicht mehr arbeiten lassen.

Gerade in den Einrichtungen, wo viele nicht geimpft sind und daher die Gefahr für die Patienten am größten ist, sollen die ungeimpften Pflegekräfte bleiben dürfen, weil sonst zu viel Personal fehlen würde. Dort hingegen, wo die meisten geimpft sind, sollen sie gehen müssen. Mehr noch: Ungeimpfte Pflegekräfte sollen wegen des Personalmangels vielfach bleiben dürfen. Ungeimpfte Reinigungskräfte oder Arbeitende im Büro aber, die einfacher zu „ersetzen“ sind, sollen ihre Arbeit verlieren. Das ist Söders Plan, der mindestens ebenso verachtend für die Beschäftigten ist wie der Plan der Regierung.

Im Gegensatz zu all diesen Politikern versuchen die Beschäftigten im Gesundheitswesen tatsächlich, sich so gut wie möglich um die Patienten zu kümmern. Sie alle haben obendrein während der Corona-Pandemie ihre Gesundheit riskiert, um die Patienten zu versorgen. Es

gibt keine Rechtfertigung, dass heute auch nur eine von ihnen die Existenzgrundlage verliert.

Für die kleine Minderheit, die sich nicht impfen lassen möchte, gibt es im Gesundheitswesen genug Arbeiten, die dringend gebraucht werden und wo sie nicht mit Patienten in Kontakt kommen. Wem wirklich an mehr Patientensicherheit in Krankenhäusern und Pflegeheimen gelegen ist, sollte sich nicht gegen sie wenden, sondern gegen die Spar- und Privatisierungspolitik aller Parteien, die in Bund und Ländern regieren.

Habeck und die Impfstoff-Patente:

Wie schnell man als Wirtschaftsminister seine Meinung ändern kann

Noch immer hat in vielen ärmeren Ländern der Großteil der Bevölkerung nicht die Möglichkeit, sich impfen zu lassen. In Afrika sind über 90% der Bevölkerung nicht geimpft. Sie sind damit einem hohen Risiko ausgesetzt, bei einer Infektion schwer zu erkranken. Und warum? Weil die Pharmakonzerne die Impfstoffe weiterhin zu regelrechten Wucherpreisen verkaufen, die sich die ärmeren Länder nicht leisten können!

Noch vor der Wahl hatte sich der damalige Grünen-Vorsitzende Habeck vehement dafür ausgesprochen, die Patente für die Impfstoffe aufzuheben, damit diese endlich überall billig produziert werden können. Doch jetzt, wo er Wirtschaftsminister ist, erklärt er auf einmal: „Nachdem ich nochmal intensiv mit den Pharma-Unternehmen gesprochen habe, bin ich der Meinung, dass das uns (!) nicht helfen würde“. Wen wundert es? Schließlich hat allein das deutsche Unternehmen BioNTech – nicht zuletzt dank der Patente – in den ersten neun Monaten des letzten Jahres über 10 Milliarden Euro Profit gemacht.

Habeck und die übrige Regierung diskutieren gerade über eine Impfpflicht für die deutsche Bevölkerung und wollen Beschäftigten im Gesundheitswesen im März sogar den Arbeitsplatz nehmen, wenn sie sich nicht impfen lassen. Die Pharmakonzerne aber sollen machen dürfen, was sie wollen. Ihnen auch nur einen Bruchteil ihrer Profite zu nehmen, damit sich Milliarden Menschen überhaupt impfen lassen können, das kommt für keine Regierung in Frage.

PCR-Test-Mangel-Wahnsinn

Teilweise wartet man als Kontaktperson oder nach einem positiven Schnelltest derzeit drei Tage und länger auf das Ergebnis seines PCR-Tests – wenn man überhaupt noch einen bekommt. Denn die Labore, die die Proben der Gesundheitsämter, Schulen und Kitas auswerten, sind völlig überlastet. Den Alltag der Eltern sowie der Arbeitenden in Kitas und Grundschulen hat dies seit Wochen in einen regelrechten Nervenkrieg verwandelt. Oft erfahren sie erst spät abends oder um 5 Uhr morgens, ob der PCR-Sammeltest der Klasse oder Kita-Gruppe positiv oder negativ ist. Und da die Labore es seit Wochen nicht mehr schaffen, dann auch noch zeitnah zu ermitteln, welches Kind der Gruppe positiv ist, mussten ständig ganze Klassen (und damit auch Eltern) zuhause bleiben. Zwar wurde das Verfahren seit kurzem geändert. Doch nun erfahren die Eltern stattdessen in der Nacht, dass der PCR-Sammeltest der Gruppe positiv ist und sie um 7 Uhr morgens noch irgendwo einen Bürgertest mit ihrem Kind machen sollen, damit es in Schule oder Kita kann.

Same-Day-PCR-Tests für nur 89,99 €

Ergebnis am selben Tag bis 20 oder bis 24 Uhr!*

Ab sofort erhalten Sie in ausgewählten Coronapoint Testzentren das Ergebnis Ihres kostenpflichtigen Same-Day-PCR-Tests am selben Tag bis 20 oder bis 24 Uhr. * Bitte beachten Sie hierfür unbedingt die spätesten Abstrichzeiten im Buchungsformular.

- ✓ Testergebnis am selben Tag
- ✓ RT (Real Time) PCR-Tests
- ✓ Versand via E-Mail, Testergebnis als druckfähige PDF
- ✓ Zertifikat mit allen relevanten Angaben zur Person, dem Testzentrum u. Labor
- ✓ Ausstellung auf Deutsch und Englisch



Termin frühzeitig buchen

Coronapoint, gegründet vom medizinischen Online-Händler Pas Solutions, ist ein Beispiel für die privaten Unternehmen, die in das PCR-Testgeschäft eingestiegen sind und sich heute eine goldene Nase verdienen.

All diese Belastung, weil in Deutschland zwar die günstigeren Schnelltests massiv ausgeweitet wurden, nicht aber die Testkapazitäten für die viel sichereren PCR-Tests, weshalb das System mit Omikron jetzt zusammenbricht. Frankreich macht 6 mal mehr PCR-Tests pro Einwohner, Griechenland und Dänemark 22 mal mehr und Österreich sogar 41 mal mehr. In Deutschland gibt es gerade mal so wenig PCR-Tests wie im verarmten Rumänien!

Zur Freude privater Unternehmen, die den Mangel ausnutzen und PCR-Tests mit Ergebnis noch am selben Tag anbieten... wenn man 50-100 Euro dafür bezahlt.

Noch mehr Methan in die Atmosphäre , noch mehr Geld in die Taschen der Konzerne

Wissenschaftler*innen haben auf Satelliten-Bildern entdeckt, dass der Ausstoß von Methan-Gas viel größer ist als bisher angenommen. Eine sehr beunruhigende Entdeckung, denn das Gas trägt bedeutend zum Klimawandel bei.

Dieses zusätzliche Methangas stammt einerseits aus zahlreichen undichten Stellen in Erdgas-Anlagen und -Leitungen, die schlichtweg aus Kostengründen nicht genug instandgehalten werden. Die andere Ursache ist, dass bei Erdöl-Bohrungen auch Erdgas freigesetzt wird. Dieses Gas könnte man auffangen und verkaufen und könnte damit sogar Geld verdienen. Doch da die Gewinnmargen nicht hoch sind, lassen die verantwortungslosen Ölkonzerne das Gas lieber in die Atmosphäre entweichen.

Allein dieses zusätzliche Methangas in der Atmosphäre trägt mehr zur Klimaerwärmung bei als alle Flugzeuge der Welt zusammen. Doch was interessieren die Kapitalisten die dramatischen Folgen von morgen? Hauptsache, die Gewinnmarge von heute stimmt.

Klimaschutz: Sie machen das Gegenteil von „nachhaltig“ und kassieren Geld dafür

Man hätte es für einen schlechten Scherz halten können, aber es stimmt: Auf Drängen der französischen Regierung hat die Europäische Union die Atomenergie als „ökologisch nachhaltig“ eingestuft. Und auf Drängen des deutschen Staates bekam auch die Gas-Energie das Etikett „ökologisch nachhaltig“. Die deutsche und französische Regierung haben damit dafür gesorgt, dass sich ihre Energiekonzerne auch weiterhin Atomkraft- und Gaskraftwerke in großem Stil subventionieren lassen können – bezahlt von eben den öffentlichen Geldern, die angeblich für den Klimaschutz ausgegeben werden sollen. Es wird sogar noch besser: Auch alle Spekulationen an der Börse, bei denen Aktien aus der Gas- oder Atomindustrie mit im Spiel sind, gelten nun als „nachhaltige Investition“, die die EU fördern will.

Da wundert es einen nicht mehr, dass auch die Rüstungsindustrie ihre Aufnahme in die Liste der „nachhaltigen Wirtschaftszweige“ beantragt hat. So wirbt der Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ernsthaft damit, dass die Bundeswehr „auf gutem Weg zur Klimaneutralität“ sei und „große Anstrengungen unternommen“ würden, um bei der Waffenherstellung und Kriegsführung weniger CO₂ auszustoßen.

Kriege führen, riesen AKWs und Gaskraftwerke bauen, an der Börse spekulieren, das soll „nachhaltig“ sein? So etwas können sich wirklich nur Kapitalisten ausdenken, denen keine Ausrede zu peinlich ist, um öffentliche Gelder zu kassieren und ihre Profitmacherei zu rechtfertigen.

Die Luxus-Klasse hat keine Krise

Laut dem Volkswagen-Konzern, dem die Marken Bentley, Lamborghini und Bugatti gehören, sind Luxus-Autos im Wert von über 200.000 Euro im letzten Jahr „weggegangen wie warme Semmeln“. Bugatti hatte sogar über 150 Bestellungen für Autos, die mehr als 3 Millionen Euro kosten!

Laut einem der führenden Sprecher dieser Marken ist dieser Verkaufsrekord vollkommen logisch. Denn, wie er völlig offen erklärt: „Nach Krisen sind die Reichen überall reicher und die Armen ärmer.“ Diesen Parasiten muss man wirklich das Steuer aus der Hand nehmen.

Kiesgrube Erftstadt: Eine Spar-Katastrophe

Bei der Flut letzten Sommer hat ein Erdbeben bei der Kiesgrube in Erftstadt über zehn Wohnhäuser vollständig weggerissen und weitere massiv beschädigt. Zwei Gutachten haben bestätigt: Das war nicht nur eine Naturkatastrophe. Schuld daran ist vor allem der RWE-Konzern, der die Kiesgrube betreibt. Denn um Geld zu sparen, hat er statt dem gesetzlich vorgeschriebenen Hochwasserschutzwall nur loses Material aufgeschüttet. Und die Aufsichtsbehörden haben weggeguckt.

Das ist nur bekannt geworden, weil die Gutachten der Presse zugespielt wurden. Die Landesregierung wusste schon seit Monaten von dem Verdacht. Aber sie hätte wohl gerne bis zur Landtagswahl verheimlicht, dass eine ganze Ortschaft nicht durch die Flut, sondern durch die Verantwortungslosigkeit von RWE in die Katastrophe gestürzt wurde – mit Komplizenschaft der Landesbehörden.



Strompreise machen RWE-Aktionäre reich

Freudestrahlend hat der Vorstand vom Energiekonzern RWE verkündet, dass seine Gewinne um 25% gestiegen sind... wegen der hohen Strom- und Gaspreise! Sie konnten vor allem dadurch abkassieren, dass sie zum Teil sehr wohl günstig Strom und Gas kaufen konnten, aber nur die hohen Preise an die Verbraucher weitergegeben haben. Die Aktionäre feiern, während viele Arbeiter*innen kaum noch wissen, wie sie die extrem gestiegenen Abschläge bezahlen sollen.

Diesen Kapitalisten und ihrer Profitgier gehört der Saft abgedreht!

Die Kandidatur Ottes:

Die Verbindungen zwischen CDU und AfD

Eigentlich wäre die Wahl des Bundespräsidenten sehr unspektakulär verlaufen. SPD, CDU/CSU, FDP und Grüne haben sich längst darauf geeinigt, dass der jetzige Bundespräsident und SPD-Politiker Steinmeier am Sonntag erneut gewählt wird. Doch der AfD ist mit ihrem Gegenkandidaten ein Coup gelungen. Denn sie hat den CDU-Politiker Max Otte aufgestellt, was über beide Parteien einiges aussagt.

Otte war lange Jahre Unternehmensberater: Er hat Unternehmen darin beraten, wie sie Arbeitsplätze vernichten und bei den Arbeitenden sparen können. Heute ist er Vermögensberater und Fonds-Manager für Reiche und Spekulanten. Das ist der Kandidat der AfD, die sich so gerne als die Partei der „kleinen Leute“ ausgibt!

Noch bezeichnender ist, dass Otte nicht etwa Mitglied der AfD, sondern seit 30 Jahren CDU-Mitglied ist. Bis zu seiner Kandidatur war er Vorsitzender der Werte-Union, des rechten Flügels der CDU, die nebenbei zu den eifrigsten Unterstützern des neuen Parteivorsitzenden Friedrich Merz gehört. Otte kandidiert, um einer in der Werte-Union und in den ostdeutschen CDU-Landesverbänden verbreiteten Meinung Nachdruck zu verleihen: Dass die CDU endlich Merkels gemäßigten Kurs und die Zusammenarbeit mit der SPD beenden und dafür mit der AfD zusammenarbeiten sollte.

Otte ist ein weiterer Beweis dafür, dass die bürgerlichen Parteien kein Schutzwall gegen die Rechtsextremen sind, sondern eine Brücke zu ihnen.

Brücken-Irrsinn einmal anders

Amazon-Gründer Jeff Bezos hat sich in den Niederlanden „die größte Segel-Yacht der Welt“ bauen lassen, für läppische 430 Millionen Euro. Nur gibt es ein Problem, sie von der Werft aufs Meer zu bringen. Die Yacht ist nämlich so groß, dass sie unter einer Brücke bei Rotterdam nicht hindurchpasst.

Aber der Multimilliardär hat schon eine Lösung: Damit er sein Spielzeug bekommt, will er die denkmalgeschützte (!) Brücke einfach abbauen und nach der Durchfahrt der Yacht wieder aufbauen lassen.

Wie wäre es, wenn er anschließend den Rhein runterschippert? Dann könnte er gleich auch die maroden Rheinbrücken neu bauen lassen. So würde er mit dem Geld ausnahmsweise was Nützliches machen.

Galeria: Sozialhilfe für Milliardäre

Die Regierung hat dem Konzern Galeria Karstadt Kaufhof eine „Corona-Hilfe“ über eine Viertelmilliarde Euro gegeben.

Vor wenigen Wochen erst hat der Galeria-Besitzer Benko 2,3 Milliarden Euro ausgegeben, um sich Anteile an einer weiteren Warenhauskette zu kaufen. Und gleichzeitig bekommt er Geld vom Staat, weil der Arme angeblich sonst die Pandemie nicht überstehen würde?

Bei all den entlassenen Verkäufer*innen von Karstadt-Kaufhof, die Wohngeld, HartzIV oder sonstige staatliche Unterstützung beantragen mussten, hat der Staat ganz genau geprüft, ob sie auch wirklich „bedürftig“ sind und Anspruch auf ein paar Cent haben. Bei Millionen-Geschenken für den Milliardär, der sie entlassen hat, nehmen sie es mit der „Bedürftigkeit“ nicht so genau.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!